



II-1232 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

Z1. 419.635/1-IV/1/80

Schriftl.parl.Anfrage der Abg.z.NR
PROBST, MURER u.Gen., Nr.518/J, betr.
Grenzlandregion Deutschlandsberg -
Förderungsmaßnahmen des Bundes

523/AB

1980 -06- 23
zu 518/J

Herrn.

Präsident
des Nationalrates
Anton BENYA

Parlament
1010 Wien

Die Abgeordneten zum Nationalrat PROBST, MURER und Genossen haben an mich am 29.4.1980 unter Nr. 518/J eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Grenzlandregion Deutschlandsberg - Förderungsmaßnahmen des Bundes gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

"Die Region Deutschlandsberg zählt zu jenen Notstandsgebieten im österreichischen Grenzland, die wirksamer und aufeinander abgestimmter Förderungsmaßnahmen ganz besonders dringend bedürfen. Dieser aus den Gerichtsbezirken Deutschlandsberg, Eibiswald und Stainz bestehende Landesteil weist bekanntlich die höchste Arbeitslosenrate und das niedrigste Steueraufkommen in der Steiermark auf. Allen bisherigen Bemühungen des Landes ebenso wie der betroffenen Gemeinden, hier durch Förderung von Betriebsgründungen einen Wandel zu schaffen, blieb der durchschlagende Erfolg versagt. Die Hauptursache für das geringe Interesse in- und ausländischer Industrieunternehmen, sich in dem südweststeirischen Gebiet niederzulassen, liegt zweifellos in der dortigen Infrastruktur, die - insbesondere mit Blick auf die Verkehrsverbindungen - außerordentlich rückständig ist."

- 2 -

Neben der schon erwähnten hohen Arbeitslosenrate schlägt auch die weit über dem Landesdurchschnitt liegende Zahl der täglichen Pendler negativ zu Buche: Nach vorliegenden Informationen ist jeder dritte Berufstätige außerhalb seines Bezirkes beschäftigt. Als weiteres Indiz für den Ernst der Situation sei noch der besorgniserregende Rückgang sowohl der gewerblichen als auch der landwirtschaftlichen Betriebe angeführt. Die zunehmende Abwanderung Selbständiger in den Bereich der unselbstständig Erwerbstätigen bedeutet natürlich eine erhebliche Verschärfung der ohnehin angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt. Besonders wichtig wäre die Förderung kleinerer Betriebe.

Angesichts der geschilderten Umstände kann es nicht verwundern, daß Einzelheiten, die über die General Motors für deren Betriebsgründung in Wien-Aspern gewährten finanziellen Hilfen und Vergünstigungen bekanntgeworden sind, in der Bevölkerung der Region Deutschlandsberg Unmut hervorgerufen haben. Verständlicherweise fühlt man sich dort benachteiligt und vernachlässigt; dies umso mehr, als die Situation in der Südweststeiermark ein Problem darstellt, das aus raumordnungs- und strukturpolitischer Sicht ebenso wie unter dem Aspekt der Grenzlandförderung die volle Aufmerksamkeit der Bundesregierung verdient.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler die

A n f r a g e :

1. Welche Maßnahmen sind beabsichtigt, um der Grenzlandregion Deutschlandsberg die dringend benötigte Hilfestellung zu gewähren?
2. Wie lautet im einzelnen der Zeitplan für die Realisierung dieser Förderungsmaßnahmen?"

- 3 -

Ich beeohre mich, die Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zunächst möchte ich feststellen, daß auch die Bundesregierung der Meinung ist, daß die Förderung kleinerer Betriebe besonders im Grenzland von großer Bedeutung ist und sie hat auch diesem Aspekt der regionalen Wirtschaftspolitik immer großes Gewicht beigemessen.

Bei einer Besprechung zwischen Mitgliedern der Bundesregierung und der Steiermärkischen Landesregierung am 12.9.1979 wurde die Frage einer Fortsetzung der 1976 vereinbarten Entwicklungmaßnahmen für das steirische Grenzgebiet erörtert. Ich habe bei dieser Gelegenheit bemerkt, daß ich bereits mehrfach auf die Notwendigkeit hingewiesen habe, der Tendenz der Entleerung der Ost-Grenzgebiete entgegenzuwirken und daß in Österreich eine ungleiche wirtschaftliche Entwicklung von Gebieten verhindert werden müsse. Daher bin ich auch für eine Fortsetzung der sich als erfolgreich erwiesenen Entwicklungmaßnahmen für das steirische Grenzgebiet eingetreten.

Was die finanziellen Hilfen für die Betriebsgründung von General Motors in Wien Aspern betrifft, so muß darauf hingewiesen werden, daß es sich hiebei um ein Großprojekt von gesamtösterreichischer Relevanz handelt und die positiven Effekte dieser Förderungen nicht nur im Lichte der zu erwartenden zahlungsbilanzverbessernden Wirkungen gesehen werden müssen, sondern vor allem auch ein gewisser Meinungsbildungseffekt bei ausländischen Investoren hinsichtlich der Neigung zu Investitionen in Österreich mit ins Kalkül gezogen werden muß; insbesondere darf darauf hingewiesen werden, daß sich das relative Gewicht der Vergünstigungen verändert, wenn die arbeitsplatzschaffenden, zahlungsbilanzverbessernden und strukturpolitisch relevanten Sekundäreffekte (Zulieferbetriebe) berücksichtigt werden.

Von einer Vernachlässigung der Grenzlandregion durch die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Standortwahl bei General

- 4 -

Motors kann wohl kaum gesprochen werden, zumal die Entscheidung über den Standort eine rein unternehmenspolitische war.

Zu Frage 1.:

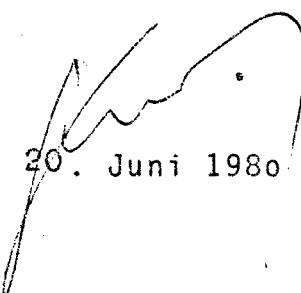
In Fortsetzung bestehender Bemühungen, insbesondere im Rahmen der ERP-Grenzlandförderung, wird die Bundesregierung der besonderen Problemsituation in der Grenzlandregion Deutschlandsberg auch in Zukunft ihre besondere Aufmerksamkeit entgegenbringen, um eine entsprechende Hilfestellung zu gewähren.

Die Schaffung einer möglichst großen Anzahl neuer Dauerarbeitsplätze einschließlich der für jugendliche Arbeitskräfte sowie die Sicherung bestehender Arbeitsmöglichkeiten sind die wesentlichen Kriterien einer Förderung im Rahmen des ERP-Sonderprogrammes.

Die Förderungsmittel des ERP-Sonderprogrammes zur Schaffung industriell-gewerblicher Arbeitsplätze in den Ost-Grenzgebieten für das ERP-Wirtschaftsjahr 1980/81 wurden um 50 Mio S auf 250 Mio S aufgestockt und das 5-jährige agrarische Grenzland-Sonderprogramm für das steirische Grenzgebiet wird über das Jahr 1981 hinaus fortgesetzt.

Zu Frage 2.:

Einen genauen und detaillierten Zeitplan für die Realisierung grundsätzlicher Förderungsschwerpunkte festzulegen ist schwer möglich und wäre auch deshalb kaum sinnvoll, weil es notwendig ist, auf Erfordernisse der aktuellen Situation immer wieder einzugehen.


20. Juni 1980